

# Sicherheitspolitische Information

September 2015

**Geopolitik:**

## Trends und Risiken 2030

Hinweise zur künftigen Militärstrategie



Herausgeber: Verein Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaft (VSWW)

Postfach 65, 8024 Zürich

(Spenden auf: Postkonto 80-500-4, Credit Suisse Zürich, Konto-Nr. 468809-0)

Präsident: Dr. Günter Heuberger, Vizepräsidenten: Jakob Baumann und Dr. Christoph Grossmann

Redaktion: Dr. Daniel Heller, Daniel W. Szpilman

[www.vsww.ch](http://www.vsww.ch)

## Inhalt

<b>Vorwort</b>	<b>3</b>
<b>1. Geopolitik 2015ff.: Ein Blick auf das Konzert der Mächte</b>	<b>4</b>
1.1 Alte Welt, Europa und EU im Zeichen innerer Schwäche	4
1.2 USA – schwächer werdender Hegemon	5
1.3 Staatenwelt im Nahen Osten und Nordafrika vor dem Zerfall?	6
1.4 Russland lenkt mit Aggressionen von innerer Schwäche ab	7
1.5 China und Pazifik als neue Gravitationszentren	9
<b>2. Schweiz: Denaturierung der Streitkräfte und Schwächung der Verteidigungskompetenz</b>	<b>11</b>
2.1 Auf dem Papier	11
2.2 In der Realität	11
2.3 Wie weiter?	12
<b>3. Kontextanalyse und strategische Entwicklungstrends</b>	<b>12</b>
<b>4. Drei Optionen sicherheitspolitischer Strategien</b>	<b>16</b>
<b>5. Drei militärstrategische Optionen</b>	<b>17</b>
<b>6. Konsequenzen</b>	<b>18</b>

## Vorwort

*In den vergangenen zwei Jahrzehnten jagte eine Armee reform die andere. Angefangen mit der Armee 95, dicht gefolgt durch die Armee XXI, verschlimmbessert durch den Entwicklungsschritt 08/11 landet man schliesslich bei der «Weiterentwicklung der Armee» (WEA) 2015 – eine Reform, mit der vieles, was vorher falsch gelaufen ist, wieder zurechtgebogen werden soll.*

*Grundsätzlich zeigt die WEA in die richtige Richtung. Aktuell wird die bundesrätliche Vorlage WEA in den eidgenössischen Räten beraten und hoffentlich weiter verbessert.*

*Wenn wir uns fragen, welche Armee die Schweiz auf die übernächste Armee reform – Zeithorizont etwa 2030 – planen soll, so lohnt es sich, eine zukunftsbezogene Lagebeurteilung zu machen. Ein solcher Blick quasi in die übernächste Geländekammer versucht diese neueste Ausgabe unserer Studienreihe.*

*In einem knappen Überblick über aktuelle und künftige Hot Spots der Geopolitik und über das «Konzert der Mächte» werden Anmerkungen zu den Brennpunkten des Weltgeschehens gemacht. Nach Berei-*

*chen gegliedert analysiert der Autor sodann mögliche Trends und Entwicklungen in verschiedenen Bereichen mit Horizont 2030. Der Fokus liegt auf der Schweiz, aber auch internationale Entwicklungen werden einbezogen. Die so gewonnene Kontextanalyse hält Konsequenzen für die Militärstrategie sowie eine Bewertung militärstrategischer Optionen der Schweiz fest.*

*Beim Ziehen der richtigen Schlussfolgerungen für unsere Streitkräfte brauchen wir – anders als in den letzten zwanzig Jahren – weniger Opportunismus, weniger Regional- und weniger Parteipolitik; **wir benötigen ein verantwortungsvolles Ringen um eine effektive und effiziente Armee**, die sich auf ihre verfassungsmässige Hauptaufgabe konzentriert und von industriellen Fähigkeiten gestützt wird. Nur so bleibt sie auch getragen von Politik und Bevölkerung.*

Dr. Günter Heuberger, Präsident



# 1. Geopolitik 2015ff.: Ein Blick auf das Konzert der Mächte

**Geopolitik ist letztlich das Resultat aus dem Gemenge von machtpolitischen Entscheidungen, die auf Basis der wirtschaftlich-sozialen Entwicklungen in den verschiedenen Weltregionen gefällt werden. Ein Blick auf die Weltregionen und die Machtzentren ergibt im Herbst 2015 etwa folgendes Bild:**

## 1.1 Alte Welt, Europa und EU im Zeichen innerer Schwäche

Die nach wie vor ungelöste Schuldenkrise mit drohenden Staatsbankrotten wird politische Agenda der EU auf absehbare Zeit prägen:

- Die Symptombekämpfung durch Überflutung der Märkte mit billigem Geld führt zu Negativzinsen; diese Politik gefährdet letztlich das kapitalistische Wirtschafts- und Sozialsystem, die beide letztlich auf dem Zinsgeschäft basieren.
- Griechenland ist pleite. Es wird seine Schulden nie zurückzahlen können. Einige weitere Länder Europas sind ebenfalls bankrott. Auch sie werden ihre Schulden nicht zurückzahlen können. Alle anderen Länder Europas sind zwar nicht pleite, könnten es aber werden, wenn sie für die Pleite der anderen aufkommen müssen. Schuldenschnitte werden unvermeidbar sein.
- Trotz den neuen Krediten erscheint ein Ausstieg Griechenlands aus dem Euro oder gar ein Ausschluss aus dem Euro-Raum immer wahrscheinlicher zu werden. Die Entwicklung ist unvorhersehbar.

Trotz den Wirtschafts- und Schuldenkrisen bleibt Europa Zielland einer steigenden Zahl von Wirtschaftsmigranten aus anderen Kulturräumen. Die daraus resultierenden Integrationsprobleme mit Diasporaphänomenen, Extremismus (Dschihadismus, Antisemitismus, Rassismus) und der Wiedererstarkung des Nationalismus führt zu inneren Problemen, politischer Instabilität und zum Aufstieg extremer Parteien.

Staaten an der Ostgrenze Europas überdenken vor dem Hintergrund den wachsenden Spannungen mit Russland ihre Rüstungsplanung.<sup>1, 2</sup> So will Polen bei der geplanten Beschaffung eines neuen Luftabwehrsystems nunmehr eine Technik beschaffen, die schnell einsatzbereit und schon in der Nato erprobt ist und nicht noch Entwicklungszeit braucht – selbst wenn es modernere Technik wäre.<sup>3</sup> Deutschland, Finnland und Norwegen und haben ihre Pläne zur Ausmusterung von Kampfpanzern bereits gestoppt.<sup>4</sup> Insgesamt führen auch diese Entwicklungen zu wirtschaftlichen Verwerfungen und politischen Instabilitäten: Europa wird politisch-wirtschaftlich in absehbarer Zeit eher instabiler, daraus resultieren wachsende Probleme innerer und äusserer Sicherheit. Wie weit der andauernde Konflikt an der ukrainisch-russischen Grenze zu einem Umdenken hin zu einer gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik führen wird, wird sich weisen müssen.

*«Militärisch haben die Staaten der EU etwa 25 Prozent ihrer Schlagkraft alleine seit 2008 verloren, weil sie sich nicht mit Partnern abstimmen, welche Truppen sie im Rahmen ihrer Sparmassnahmen abschaffen.»<sup>5</sup> Die europäischen Länder wollen zwar keine militärische Autonomie abgeben. Aber sie können sich ihre Armeen nicht mehr leisten. Neu ist, dass Europa dabei unter die kritische Grenze dessen zu rutschen droht, was militä-*

1 Vgl. Telegraph; <http://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/europe/poland/11641852/Poland-increases-military-spending-in-response-to-Russias-belligerence.html>, Stand: 08. Juli 2015.

2 Vgl. Janes; <http://www.janes.com/article/49362/lithuania-to-reintroduce-conscription>, Stand: 08. Juli 2015.

3 Vgl. Janes; <http://www.janes.com/article/50874/poland-selects-patriot-system-for-its-wisla-air-defence-programme>, Stand: 08. Juli 2015.

4 Vgl. Die Zeit; <http://www.zeit.de/news/2015-02/27/verteidigung-von-der-leyen-distanziert-sich-von-bundeswehrreform-zielen-27075606>, Stand: 08. Juli 2015.

5 Vgl. Neue Zürcher Zeitung; <http://www.nzz.ch/meinung/debatte/die-europaeische-armee-kommt-1.18531717>, Stand: 08. Juli 2015.

risch relevant ist. Kostendruck und mangelnde Kooperation verhindern zunehmend die Beschaffung von Tankflugzeugen oder Transportern. Zudem geht schrittweise die Schlüsselfähigkeit verloren, militärische Einsätze überhaupt durchzuführen, weil Fähigkeiten zur Kommunikation und Aufklärung ebenso fehlen, wie sogenannte Nischenfähigkeiten, etwa Luftabwehr.

Wollen die Staaten Europas militärisch handeln, sind sie abhängiger voneinander als je zuvor. Sie haben nationale Kapazitäten so weit reduziert, dass sie auf die Unterstützung anderer Europäer angewiesen sind. Der schon seit langem unkoordiniert zusammenwachsende europäische Militärapparat wird so lange handlungsunfähig bleiben, bis die Staaten beginnen, ihn bewusst zu gestalten. Schliesslich lautet die Frage: Wird die EU den hilfeschuchenden Blick wieder auf die USA richten oder angesichts der Rückkehr militärischer Macht auf die Weltbühne in Richtung europäische Armee handeln?

Immerhin hat sich EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker im März 2015 angesichts der Aggressionspolitik Putins in der Ukraine und auf der Krim wiederholt für die Gründung einer gemeinsamen Armee in Europa ausgesprochen.<sup>6, 7</sup> Mit einer solchen könne Europa glaubwürdig auf eine Bedrohung des Friedens in einem Mitgliedsland oder in einem Nachbarland der Europäischen Union reagieren. Mit Blick auf den Ukraine-Konflikt hob er hervor, eine gemeinsame Armee der Europäer würde auch «Russland den Eindruck vermitteln, dass wir es ernst meinen mit der Verteidigung der Werte der Europäischen Union». Die europäische Armee solle keine Konkurrenz zur NATO sein, sondern Europa stärken, schliesslich werde eine intensive Zusammenarbeit der europäischen Staaten bei der Entwicklung und beim Kauf von militärischem Gerät auch «erhebliche Einsparungen bringen».

6 Vgl. *The Guardian*; <http://www.theguardian.com/world/2015/mar/08/jean-claude-juncker-calls-for-eu-army-european-commission-military>, Stand: 08. Juli 2015

7 Vgl. *express*; <http://www.express.co.uk/news/world/575768/Jean-Claude-Juncker-EU-army-European-Union-Commission-Ukip>, Stand: 08. Juli 2015.



*European Union Forces, eine gemeinsame Militärpolitik in Europa muss gemeinsam und bewusst gestaltet werden (Quelle: thesrpskatimes.com)*

Der Vorstoss Junckers erhielt prominente Unterstützung aus Deutschland: «Eine gemeinsame europäische Armee ist eine europäische Vision, deren Zeit gekommen ist»<sup>8</sup> (Norbert Röttgen, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im deutschen Bundestag, CDU).

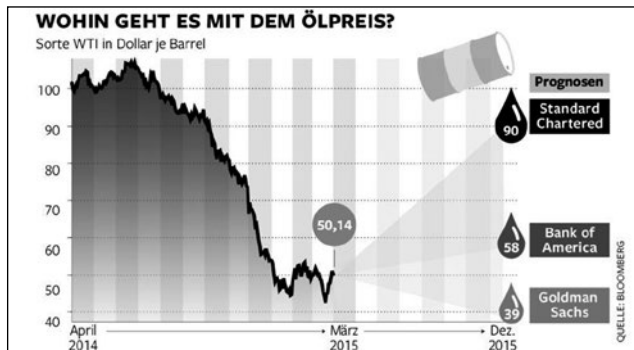
## 1.2 USA – schwächer werdender Hegemon

Nach der offensiven Interventionspolitik der Bush-Ära entwickelte sich die USA unter Obama zum «schwachen Hegemon». (Die Welt wartet heute auf den nächsten Präsidenten, der die amerikanische Aussenpolitik auf jeden Fall wieder robuster führen wird – ganz gleich, ob Demokrat oder Republikaner.)

Wie nachhaltig die USA mittels der Politik des exzessiven Gelddrucks die Finanz- und Wirtschaftskrise überwunden hat, wird sich noch weisen müssen. Jedenfalls hat sich die US-Wirtschaft schneller aus der Finanzkrise erholt als Europas Wirtschaft.

Mittels Fracking wurden die USA im fossilen Bereich nahezu wieder autark. Die günstigen Energiepreise führten einerseits zu einer Reindustrialisierung der USA, andererseits stellen sie die Rentabilität der neuen Methode der Gewinnung von Öl und Gas mittels Fracking wieder infrage.

8 Vgl. *DIE WELT*; <http://www.welt.de/newsticker/news1/article138177624/EU-Kommissionspraesident-Juncker-fuer-europaeische-Armee.html>, Stand: 08. Juli 2015.



Beim Verhältnis der Militärausgaben zum Bruttoinlandsprodukt hat die USA mit einem Wert von mehr als 3,3 Prozent die Nase immer noch vorn. Zwar verfügen die USA immer noch mit Abstand über die bestgerüstete Armee, die aber zunehmend durch die Rüstungen von China, Russland und Indien infrage gestellt wird.

Die kulturelle, wirtschaftliche und historische Verbundenheit Europas zu den Vereinigten Staaten und einige ihrer Verbündeten macht eine lang anhaltende Partnerschaft und die Unterstützung der USA in ihrer Rolle als «globaler Ordnungshüter» nahezu unabdingbar. Es erscheint heute und in absehbarer Zukunft als undenkbar und nicht wünschbar, dass eine Macht wie China die Rolle des «Weltpolizisten» übernimmt.

### 1.3 Staatenwelt im Nahen Osten und Nordafrika vor dem Zerfall?

Die im Gefolge der Dekolonialisierung nach 1945 entstandene Staatenwelt im Nahen Osten und in Nordafrika ist am Zerfallen. Wir sind partiell oder vollständig mit «failed states» (Libyen, Syrien, Iran und Irak) konfrontiert. Islamisierung und Radikalisierung sind Ursachen und Begleiterscheinungen der Zerfallsprozesse, welche zunächst im Westen «als arabischer Frühling» missinterpretiert wurden.

Der wahrscheinliche Zerfall des Iraks, allenfalls auch Syriens, kann die Lage im Nahen Osten und den angrenzenden Regionen für viele Jahre destabilisieren. Libyen ist bereits ein geteiltes Land. In Syrien will der Westen einerseits Assad weg wissen, andererseits den

IS zurückdrängen. Zwei Ziele, so scheint es, die sich konträr gegenüberstehen. Der IS wird zunehmend ein strategisches Problem für den Iran. Momentan versucht dieser das Problem über seine Vasallenkämpfer der schiitischen Milizen im Irak und der Hisbollah in Syrien in den Griff zu kriegen. Durch die Konzessionen von US-Präsident Obama erhielt der Iran nun die Möglichkeit, eigenes Uran in Mengen anzureichern, die einen Bau einer Atombombe ermöglichen. Ein militärisches Eingreifen des Irans scheint jedoch immer wahrscheinlicher. Die Frage ist, welche Implikationen dies auf die Region haben wird. Die durch die Aggressionen des Islamischen Staates (IS) beschleunigte Destabilisierung wird dann viele Jahre lang in der Region dominieren und nicht nur den Nahen Osten und Nordafrika, sondern auch angrenzende Regionen erfassen.



Die Gruppierung «Islamischer Staat im Irak und der Levante» hatte im Jahr 2014, unterstützt von Sunniten vor Ort und ehemaligen Militärs aus der Armee von Saddam Hussein, innerhalb weniger Wochen grosse Territorien im Norden und im Westen des Iraks unter ihre Kontrolle gestellt und breitet ihre Aktivitäten auch in Libyen und anderswo rasch aus.

Die zerfallenden Staaten in Nordafrika bilden das Einfallstor für die einsetzende Völkerwanderung junger Wirtschaftsmigranten aus Afrika. Huntington hat



den Einfluss der Religionen, der konfessionellen Weltanschauungen, kurz dessen, woran Menschen jenseits von Verfassungen glauben, auf die Politik vor 20 Jahren aufgezeigt («Clash of Civilisations»). Die wesentlichen Unterschiede in der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung der Kulturkreise liegen eindeutig in ihren unterschiedlichen kulturellen Grundlagen.

Die Vernetzung und Durchmischung ist heute noch weit grösser als vor zwanzig Jahren. Wie wichtig eine sogenannte «Identitätspolitik» für Staaten ist und wie fatal, wenn sie scheitert, haben die Attentate auf die Redaktion der Satirezeitschrift «Charlie Hebdo» und auf einen koscheren Supermarkt in Frankreich gezeigt. Wir steuern auf eine Situation zu, in der Menschen aus unterschiedlichen Kulturen durch die Beschleunigung der Prozesse und die Globalisierung immer häufiger miteinander interagieren, was zu mehr oder minder schweren Konflikten führen wird.



#### 1.4 Russland lenkt mit Aggressionen von innerer Schwäche ab

Die Rohstoffmacht Russland steckt in der schwersten Wirtschaftskrise seit Jahren. Auslöser ist vor allem der enorme Ölpreisverfall um rund 50 Prozent seit dem vergangenen Jahr. Strukturprobleme und die Sanktionen von EU und USA wegen Russlands Haltung im Ukraine-Konflikt verstärken die negativen Effekte der Krise. Ein Überblick über die fünf grössten Probleme:

- **Rezession<sup>9</sup>:** Das von den Einnahmen aus dem Geschäft mit Öl und Gas abhängige Russland steckt in einer Rezession. Wirtschaftsminister Alexej Uljukajew erwartet einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um drei Prozent. Im Staatshaushalt klafft eine Finanzlücke.
- **Währungszersplitterung<sup>10</sup>:** Wegen des sinkenden Ölpreises ist der Rubelkurs im vergangenen Jahr im Vergleich zum Dollar und Euro massiv eingebrochen. Den Höhepunkt erreichte der Wertverfall Mitte Dezember, als ein Euro vorübergehend fast 100 Rubel kostete – das entspricht einem Absturz von 90 Prozentpunkten seit Januar 2014. In den vergangenen Wochen erholte sich der Rubel ein wenig. Anfang März 2014 mussten Russen für einen Euro noch rund 66 Rubel bezahlen, fast doppelt so viel wie ein Jahr zuvor.
- **Devisenverkauf<sup>11</sup>:** Um den schwächelnden Rubel zu stützen, verkauft die russische Zentralbank im grossen Stil Devisen, die die Rohstoffmacht mit dem Verkauf von Öl und Gas angespart hat. Die internationalen Währungsreserven schrumpften nach Angaben der Notenbank seit März 2014 um mehr als ein Viertel von fast 500 Milliarden Dollar (etwa 460 Mrd. Euro) auf 360 Milliarden Dollar.
- **Inflation<sup>12</sup>:** Das Leben in Russland wird rasant teurer. Das merken die Menschen vor allem an steigenden Mieten und an der Kasse im Supermarkt. Das Wirtschaftsministerium erwartet für dieses Jahr eine Inflation von rund zwölf Prozent. Die Preise für Lebensmittel stiegen in den

9 Vgl. Forbes; <http://www.forbes.com/sites/kenrapoza/2015/03/11/barclays-says-russia-sliding-into-deep-recession/>, Stand: 08. Juli 2015.

10 Vgl. CNN Money; <http://money.cnn.com/2015/04/29/news/companies/gazprom-oil-results/>, Stand: 08. Juli 2015.

11 Vgl. Süddeutsche Zeitung; <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/wirtschaftskrise-in-russland-kreml-verdonnert-konzern-zum-devisen-verkauf-1.2280733>, Stand: 08. Juli 2015.

12 Vgl. Bloomberg; <http://www.bloomberg.com/news/articles/2015-04-06/russian-inflation-at-fastest-in-13-years-after-ruble-crisis>, Stand: 08. Juli 2015.

vergangenen Monaten aber im Durchschnitt sogar um rund 20 Prozent. Experten warnen wegen der Krise in Russland vor einer deutlich höheren Inflation. Manche gehen von bis zu 17 Prozent aus.

- **Kapitalflucht**<sup>13,14</sup>: Der massive Abzug von Kapital aus Russland ist nach Meinung von Ex-Finanzminister Alexej Kudrin ein schwerer Schlag für die heimische Wirtschaft. 2014 wurden nach Angaben der Zentralbank Vermögenswerte im Wert von mehr als 150 Milliarden Dollar (140 Mrd. Euro) aus Russland verlegt, fast zweieinhalb Mal so viel wie im Vorjahr. Für 2015 erwarten die Behörden eine Kapitalflucht von bis zu 100 Milliarden Dollar. Wegen der Senkung der Kreditwürdigkeit Russlands durch internationale Ratingagenturen warnen Experten sogar vor Kapitalflucht von bis zu 135 Milliarden Dollar.

Russland unter dem System Putin lenkt von inneren Problemen in bewährter Potentaten-Manier ab und nutzt die Schwäche der nach 1991 entstandenen Anrainer-Staaten zur Arrondierung seines Territoriums; es findet generell eine Infragestellung der 1991/92 gezogenen Grenzen statt.

Der Westen hat auch nach der Wende 1989/91 Russland nicht verstanden und falsch eingeschätzt. Die russische Gesellschaft ist nie einen liberalen Weg im westlichen Sinne gegangen; eine demokratische und im westlichen Sinne staatskritische Mittelschicht fehlt bis heute. Die Machtpolitik der russischen Potentaten wird von der eigenen Bevölkerung hingenommen – man schwieg zu den Gräueln des ersten Tschetschenienkrieges, verantwortet vom vermeintlich prowestlichen Präsidenten Jelzin, wie zur eskalierenden Brachialpolitik des Nachfolgers Putin. Aber-

<sup>13</sup> Vgl. Handelszeitung; <http://www.handelszeitung.ch/politik/russland-leidet-unter-einer-rekord-kapitalflucht-726030>, Stand: 08. Juli 2015.

<sup>14</sup> Vgl. Tages-Anzeiger; <http://www.tagesanzeiger.ch/wirtschaft/konjunktur/RekordKapitalflucht-aus-Russland/story/16204010>, Stand: 08. Juli 2015.

tausende Tote, die Zerstörung der Hauptstadt Grosny und die nachfolgende Einsetzung eines mafiösen Marionettenregimes verursachte in Russland ebenso wenig öffentliches Unbehagen wie 2008 der Krieg gegen Georgien.

Die Drangsalierung von NGO sowie von politischen und sexuellen Minderheiten erfolgte dann sogar in Allianz mit der kretmtreuen orthodoxen Kirche, ebenso die Stalin-Huldigungen in Medien und Lehrbüchern oder die Annexion der Krim im Jahr 2014.

Der Westen reagiert sehr verhalten. Die gegenwärtige Blindheit gegenüber der Aggressionspolitik Russlands ist eklatant und wird oft kaschiert als «Verständnis für die vitalen Interessen Russlands». Ebenso häufig ist die fehlgeleitete Ansicht zu hören, diese oder jene Eskalation liege nicht in russischem Interesse, da sie Sanktionen herausfordere, die wiederum in der Bevölkerung Unmut gegenüber der Regierung schüren würden.



Antirussische Demonstration auf der Putin mit Adolf Hitler verglichen wird. (Quelle: ibtimes.co.uk)



Der Glaube, dass in Russland nach den Erfahrungen des Kommunismus bald schon wieder eine nach westlichem Verständnis politisch-gesellschaftliche Normalität heranwachsen könne, war naiv und muss heute als überholt gelten.

Nach Angaben einer Studie des Stockholm International Peace Research Institute (Sipri) gehört das Land zu den 23 Staaten weltweit, die ihre Ausgaben für Rüstung seit 2004 mindestens verdoppelt haben.<sup>15</sup> Der Anteil am jährlichen Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg um 108 Prozent. 2013 überholte Russland sogar die USA. Auch nominal sind die russischen Militärausgaben beachtlich. 2013 beliefen sie sich laut Sipri auf 87,8 Milliarden Dollar und lagen damit im europäischen Ver-



gleich unangefochten an der Spitze. Spitzenreiter bleiben hier allerdings die USA mit 640 und China mit 188 Milliarden Dollar, obwohl die USA einen Rückgang um 7,8 Prozent verbuchte. Russlands Rüstungsstand Luft wird per 2025 auf dem Niveau der Nato sein.

### 1.5 China und Pazifik als neue Gravitationszentren

Nach beispielloser Aufholjagd im Mischsystem zwischen gelenkter und partiell befreiter Wirtschaft ist das chinesische Erfolgsmodell ins Stottern geraten. Heute erscheint China aufgrund sinkender Wachstumsraten und innenpolitischer Probleme teilweise instabil. Finanzielle Probleme kommen hinzu. China hat zahlreiche Konfliktlinien in seiner Einfluss-sphäre:

- Ostchinesisches Meer: Die chinesisch Diaoyu und japanisch Senkaku genannten Inseln 200 Kilometer nordöstlich von Taiwan sind unbewohnte Felsen. Angesichts grosser Fischbestände und vermuteter Gas- und Ölvorkommen sind sie aber von strategischer Bedeutung. China macht alte Ansprüche auf das heute von Japan verwaltete Territorium geltend. Der Streit flammte 2012 neu auf, als Japans Regierung drei Inseln von privater Hand kaufte. In China gab es heftige japanfeindliche Proteste. Die Fronten sind verhärtet.
- Südchinesisches Meer: China streitet mit Vietnam um die von Paracel genannten 130 Korallen-Inseln südöstlich von Hainan. Ausserdem ringt China mit seinen Nachbarn um die Spratly-Inseln genannten 200 Korallenriffe und Sandbänke, die ganz oder teilweise von Vietnam, Taiwan, den Philippinen, Malaysia und Brunei beansprucht werden. In diesem Gebiet werden an wichtigen Schifffahrtswegen Öl- und Gasvorkommen vermutet. Die Philippinen haben 2013 das Ständige Schiedsgericht in Den Haag angerufen. China erkennt das Verfahren jedoch nicht an.
- Nordkorea: Trotz diplomatischer Isolation und Armut baut Nordkorea eine Atomstreitmacht auf, die als grosse Bedrohung angesehen wird. Pjöngjang hat seit 2006 drei Atomtests durchgeführt. Nach US-amerikanischer Geheimdienst-Einschätzung ist Nordkorea heute in der Lage, einen Atomsprenkopf für eine Interkontinentalrakete zu bauen und abzufeuern.<sup>16</sup> Die Sechser-Gespräche über ein Ende des Atomprogramms zwischen Nordkorea, China, den USA, Russland, Südkorea und Japan sind seit 2009 eingefroren. Pjöngjang unterstellt den USA eine feindselige Politik und gab an, nicht mehr an den Sechs-Parteien-Gesprächen teilnehmen zu wollen.<sup>17</sup>

<sup>15</sup> Vgl. sipri; [http://www.sipri.org/media/pressreleases/2014/Milex\\_April\\_2014](http://www.sipri.org/media/pressreleases/2014/Milex_April_2014), Stand: 08. Juli 2015.

<sup>16</sup> Vgl. *defensenews*; <http://www.defensenews.com/story/defense-policy-budget/budget/2015/04/08/north-korea-icbm-nuclear-weapon/25422795/>, Stand: 08. Juli 2015.

<sup>17</sup> Vgl. *New York Times*; <http://www.nytimes.com/2009/04/15/world/asia/15korea.html?ref=global-home>, Stand: 08. Juli 2015.



Rüstungsmässig ist China am Aufholen und strebt Hegemonie im pazifischen Raum an. Ein Gleichzug mit der Rüstung der USA ist für 2045 denkbar. Kurz vor dem Beginn des Nationalen Volkskongresses (NPC) 2015 ist durchgesickert, dass die chinesische Regierung die Militärausgaben im laufenden Jahr um nominal rund 10 Prozent erhöhen will. Geht man von einer prognostizierten Inflationsrate von 2,5 Prozent in diesem Jahr aus, dürfte der preisbereinigte Zuwachs mit 7,5 Prozent dem erwarteten Wirtschaftswachstum entsprechen. 2014 hatte das Finanzministerium der chinesischen Volksbefreiungsarmee noch einen nominalen Zuschlag von 12,2 Prozent auf umgerechnet 126 Milliarden Franken gegönnt. Laut dem Stockholm International Peace Research Institute (Sipri) übertreffen die tatsächlichen Militärausgaben jene im Budget ausgewiesenen Zahlen jedoch um 50 Prozent.<sup>18</sup> So seien etwa Investitionen in Forschung und Entwicklung nicht voll erfasst, wie Sam Perlo-Freeman vom Sipri sagt. Aus der jüngsten Ausgabe des Berichts «The Military Balance» des International Institute for Strategic Studies (IISS) geht hervor, dass die Volksbefreiungsarmee mit mehr als 2,3 Millionen Soldaten

<sup>18</sup> vgl. sipri; <http://www.sipri.org/media/expert-comments/exp1>, Stand: 08. Juli 2015.

und weiteren 510 000 Reservisten die grösste Streitmacht der Welt ist.

Durch das Gebaren Chinas sieht sich Japan herausgefordert: Mitte Januar wurde bekannt, dass die Regierung von Ministerpräsident Abe den Militärhaushalt weiter aufstocken wird. Japans Selbstverteidigungskräfte sollen demnach so viel Geld wie nach Ende des Zweiten Weltkriegs erhalten. Japan hinkt China in diesem Punkt jedoch deutlich hinterher: Während sich das Verhältnis der japanischen Militärausgaben zum Bruttoinlandprodukt auf 1 Prozent beläuft, liegt die Quote Chinas doppelt so hoch.



## 2. Schweiz: Denaturierung der Streitkräfte und Schwächung der Verteidigungskompetenz

### 2.1 Auf dem Papier

Unsere Streitkräfte haben heute einen dreifachen Auftrag: Verteidigung, Beiträge zur Existenzsicherung und Unterstützung von friedenerhaltenden Massnahmen. Sie somit müssen dreifach wirken – **präventiv, dissuasiv und defensiv**. Die Verfassung gebietet: «Die Armee dient der Kriegsverhinderung und trägt bei zur Erhaltung des Friedens; sie verteidigt das Land und seine Bevölkerung. Sie unterstützt die zivilen Behörden bei der Abwehr schwerwiegender Bedrohungen der inneren Sicherheit und bei der Bewältigung anderer ausserordentlicher Lagen. Das Gesetz kann weitere Aufgaben vorsehen.»

Der Sicherheitspolitische Bericht 2010 formuliert die von der Verfassung geforderte Landesverteidigungsstrategie als bestehend aus

- der Verteidigungsarmee,
- dem Sicherheitsverbund Schweiz und
- internationaler Kooperation zur Vorbeugung, Abwehr und Bewältigung sich abzeichnender Gefahren.

Hinter dem Konzept steckt die gedankliche Logik, dass mögliche Bedrohungen erst gar nicht entstehen können; falls sie sich doch entwickeln, ist ein Übergreifen auf die Schweiz durch schnelle Präsenz und gezielte Intervention abzuwehren; falls alles nichts nützt, ist die Gefahr durch die physische Austragung des Konfliktes abzuwenden.

Um diese Wirkungen zu erzielen, braucht die Schweiz ein flexibles und ausreichend kompetentes und ausgerüstetes Machtmittel. Diese muss über entsprechende an der Bedrohung und dem Technologie-niveau der Streitkräfte des geostrategischen Umfeldes gemessene Fähigkeiten verfügen. Das Spektrum an Fähigkeiten der Streitkräfte umfasst heute und in absehbarer Zukunft, dass die grossen Verbände und deren Führung im Einsatz das Gefecht der verbunde-

nen Waffen und die Zusammenarbeit kombinierter Einsatzkräfte beherrschen müssen.

Notabene: Im Zeitpunkt der Erarbeitung dieser Studie sind diese Fähigkeiten nur mehr lückenhaft und ungenügend vorhanden.

### 2.2 In der Realität

Entscheidend für die Einsatztauglichkeit von Streitkräften sind die militärischen Fähigkeiten, um den gestellten Auftrag zu erfüllen. Sie charakterisieren sich dadurch, ob Kräfte in verlangter Qualität und Quantität über bestimmte Zeiträume verfügbar gemacht werden können.

Ursprünglich galt: Kann der Defensivauftrag erfüllt werden, können auch die anderen Aufträge problemlos abgedeckt werden. Heute gilt: Der Verteidigungsauftrag ist infrage gestellt, die übrigen Aufträge bilden aber de facto das Schwergewicht der Mittel. Allerdings legitimieren die ergänzenden Aufträge (Beitrag zur Friedenssicherung und Unterstützung ziviler Behörden) weder die Wehrpflicht noch erfüllt eine nicht zur Verteidigung fähige Armee die Verfassungsvorgabe «verteidigt das Land».



Armee reform vom Helvetier bis zum Soldaten auf Zeit.

In den vergangenen zwei Jahrzehnten jagte – nicht nur in der Schweiz – eine Armee reform die andere. Angefangen mit der Armee 95, dicht gefolgt durch die Armee XXI, verschlimmbessert durch den Entwicklungsschritt 08/11 landet man schliesslich bei der WEA 2015. Keine der Reformen war zu Ende gedacht, keine wurde konsequent vollendet.

Mit der WEA kommt nun die nächste Reform, mit der Vieles, was vorher falsch gelaufen ist, wieder zu rechtgeboten werden soll.

Die Reformentwicklung der Schweiz unterscheidet sich dabei nicht von derjenigen im übrigen Europa: Keiner der europäischen Staaten ist heute mehr in der Lage, sich alleine zu verteidigen; alle Streitkräfte Europas haben die dafür notwendige militärische Handlungsfähigkeit mehr oder weniger verloren. Militärisch haben die Staaten der EU etwa 25 Prozent ihrer Schlagkraft alleine seit 2008 verloren, etwa dadurch,

dass sie sich nicht mit Partnern abstimmen, welche Truppen sie im Rahmen ihrer Sparmassnahmen abschaffen. Die Schweiz bildet da keine Ausnahme, auch mit der neuen WEA nicht.

Unglücklicherweise koinzidiert diese Entwicklung mit einer Rückkehr militärischer Macht auf breiter Front in der Weltbühne, insbesondere auch im unmittelbaren Umfeld Europas.

### 2.3 Wie weiter?

Die Frage, was kommt nach der WEA, ist deshalb sehr berechtigt. Sie zu beantworten ist allerdings nicht leicht. Versucht werden soll das hier mittels einer

- Analyse der für die Streitkräfte relevanten Trends und Entwicklungen
- Beschreibung und Bewertung von sicherheits- und verteidigungspolitischen Optionen
- daraus abgeleitete Erkenntnisse und Konsequenzen für eine künftige Militärstrategie.

## 3. Kontextanalyse und strategische Entwicklungstrends

	Feststellung	Erkenntnis	Militärstrategische Konsequenz
<b>Gesellschaft</b> (Demografie, Migration, Geschlechterfrage, Religion, Mobilität, Lebensformen, -räume, Kriminalität)	Zunahme Migrationsströme, speziell in Europa (junge Männer im Zentrum)	Integrationsprobleme, Diasporabildung, Radikalisierung (Dschihadismus, Antisemitismus, Rassismus...)	Probleme der inneren Sicherheit gewinnen an Gewicht
	Überalterung westlicher Gesellschaften	Rentensysteme im Westen unter Druck	Ressourcen westlicher Staaten verlagern sich in soziale Bereiche
	Überschuss junger Männer in Krisengebieten	Zahl Wirtschaftsflüchtlinge nimmt zu und die politische Instabilität der Herkunftsländer steigt	Konfliktherde an EU-Aussengrenze
	Emanzipation/Feminismus und aktivere Rolle der Frau im Arbeitsprozess / Gesellschaft; Frauen übernehmen auch Rollen im Kampf (Streitkräfte/Terrorgruppen)	Aufgrund der «Vorbildfunktion» von Frauen in Terrorzusammenhang und durch die Verwischung der Geschlechterrollen in den westlichen Gesellschaften übernehmen Frauen aktive Rollen in Streitkräften	Wehrpflichtdiskussion bleibt aktuell, Rekrutierung Personalkategorien (Freiwillige, Durchdiener, normale AdAs)
	Urbanisierung aller Gesellschaften	Dichtestress – Lebensraum wird knapp; vor allem in den «emerging states» leben signifikant mehr Menschen in Städten, die zudem zumeist in Küstennähe liegen	Verwundbarkeit Zivilgesellschaft steigt (Schäden und Opferzahlen bei Terrorattacken und Katastrophen), Verteidigung und Schutz werden anspruchsvoller

	Feststellung	Erkenntnis	Militärstrategische Konsequenz
	Religion: Säkularisierung im Abendland, Fanatisierung im Morgenland	Das Szenario Clash of Civilizations bewahrheitet sich ein Stück weit; in Migrationsgebieten steigende Spannungen; Konfliktlinien werden supranational und verlagern sich an die EU-Aussengrenzen resp. ins Innere unserer Gesellschaften	Überwachung und Migrationskontrolle werden zentral, in letzter Konsequenz braucht es auch Containmentstrategien; Aufgabe der Streitkräfte?
	Veränderung der Lebensformen: zunehmende Individualisierung der westlichen Gesellschaften	Schweiz: Nicht staatliche, aber Gemeinsinn stiftende Werte verlieren an Relevanz. Die freiwillige Beteiligung am Milizsystem des Staates wird zunehmend unattraktiv.	Sinkender Gemeinsinn reduziert Bereitschaft sich für das Kollektiv einzusetzen, Wehrpflicht unter Druck
	Mobilität nimmt zu	Ausgebaute MIV und ÖV – Verkehrsinfrastruktur ermöglicht höchste Mobilität; Ausbau und Finanzierung stossen an Grenzen	Ausfallrisiko steigt, Verwundbarkeit ebenfalls, Schutz der Infrastrukturen zentral und immer anspruchsvoller (Prioritätensetzung)
	Zunehmende Organisation der (grenzübergreifenden) Kriminalität	Organisiertes Verbrechen, Kriminaltourismus, Gewaltbereitschaft (Hooliganismus) und Jugendkriminalität nehmen zu	Bedeutung der inneren Sicherheit nimmt zu, Gewicht Kantone steigt, solange keine Bundeskompetenzen; Kantone müssen mehr in Polizei investieren; im Falle einer Bundeskompetenz Frage der Abgrenzung zum Militärbereich
	Internationalisierung der Arbeitswelt	Anteil ausländischer Arbeitnehmer steigt, Mobilität am Arbeitsplatz nimmt zu; Bereitschaft zum längeren Wehrdienst eher sinkend	Wehrpflicht unter Druck

	Feststellung	Erkenntnis	Militärstrategische Konsequenz
<b>Wirtschaft</b> (Energie, Ausbildung/Arbeitskräfte, Rohstoffe, Nahrungsmittel, Finanzen)	Bedeutung fossiler Energien in westlichen Gesellschaften eher sinkend (Bedeutung fossiler Energien in den «emerging states» (BRIC) unverändert hoch)	Einfluss/Erpressungsmöglichkeiten Öl- und Gasexportierender Länder sinkt	Naher Osten nicht mehr im Fokus der Grossmächte, internationales Konfliktpotenzial sinkt; regionales Konfliktpotenzial steigt; Schweiz: Durchhaltefähigkeit nimmt zu
	Bedeutung erneuerbarer Energien eher steigend	Es entstehen neue Abhängigkeiten (Netze, Windparks, Stromhandel) und die Internationalisierung der Netze nimmt zu	Netze, Knotenpunkte (Laufenburg mit europäischer Bedeutung) und deren Verwundbarkeit/Schutz werden zur Herausforderung
	Rohstoffe, bspw. Buntmetalle, knapp resp. regional konzentriert	Geschieht der Zugriff via Machtpolitik statt über Zukäufe, entstehen Konfliktherde; unsere Abhängigkeit ist unverändert hoch	Eine neutralitätsbasierte Aussenwirtschaftspolitik ist für die Schweiz conditio sine qua non.
	Instabile Finanzmärkte	Geldschwemme verdeckt Verschuldungsproblematik (Symptombekämpfung) – die Verschuldung wird langfristig nur durch Schuldenschnitte zu bereinigen sein	Politische Verwerfungen bewirken vorerst starke Renationalisierungstendenzen, bewirken über die wirtschaftlichen Verwerfungen auch Haushaltsprobleme und bewirken trotz gesteigerter Bedeutung der Streitkräfte schwächere Finanzbasis; im Endeffekt könnten sie über die massiv höhere Vernetzung der Finanz- und Wirtschaftswelt über AIA, gemeinsame Regulierungen auch zu mehr Verbundsübungen zur Krisenbewältigung führen
	Machtzuwachs einzelner Konzerne, (Big Data) Google, Facebook etc., gegenüber der internationalen und nationalen Politik	Verstärkter Trend zu internationalen Regulierungen	Druck zu Kooperationen wirkt sich auch auf die Abwehr von Risiken aus dem Globalisierungsprozess aus



	Feststellung	Erkenntnis	Militärstrategische Konsequenz
	Schweiz: Sinkende Autarkie und wachsende Globalisierung.	Die Schweiz ist stark und unabhängig dank starker Wirtschaft. Auf Grund der steigenden Abhängigkeiten der Schweizer Wirtschaft von anderen Märkten ergeben sich Notwendigkeiten bezüglich Freihandels-Abkommen.	Der Zwang zu internationalen Kooperationen erzeugt Druck auf das Konzept der Neutralität, stärkt die Befürworter internationaler Abkommen und wirkt sich auch auf die Streitkräfte aus.
	Schweiz: Sinkende Standortgunst (Umsetzung MEI, Regulierungswut, Hochpreisinsel)	Die Preisgabe von Standortvorteilen schwächt die Wirtschaft und hat Auswirkungen auf das Steueraufkommen; verschärft die Defizite beim Staat. Regulierung und Frankenstärke untergraben heute deren Konkurrenzfähigkeit.	Streitkräfte stehen in erhöhter Konkurrenz um finanzielle Ressourcen
	Ausbildung, Arbeitskräfte	Der 2. Sektor ist unter Druck. Akademisierung, Sozialisierung und Verlagerung in den Dienstleistungssektor führen zu Fachkräftemangel in technisch-handwerklichen Bereichen.	Die wachsenden technologielastrigen Bereiche in den Streitkräften profitieren zunehmend weniger vom Milizsystem.
	Freihandelszonen werden zunehmend grösser und zwischen grösseren politischen Einheiten abgeschlossen. Es ist eine Frage der Zeit, bis Europa es schafft seinen Wirtschaftsraum über Freihandelsverträge an andere grosse Wirtschaftsräume anzuschliessen.	Die Schweiz steht unter einem permanenten Druck ihre Freihandelsverträge und bilateralen Abkommen zunehmend zu erweitern. Sie basiert dabei auf einem bilateralen Netzwerk in einer Welt, die in Richtung Verträge zwischen Wirtschaftsräumen tendiert.	Die Einzelbeziehungen der Schweiz können im Konfliktfall nicht nur Chancen für die Versorgung bieten, sondern auch Risiken bergen, nämlich dann, wenn sie den Interessen der an die grossen Wirtschaftsräume angeschlossenen Staaten widersprechen.

	Feststellung	Erkenntnis	Militärstrategische Konsequenz
<b>Umwelt</b> (Energienutzung, Klima, natürliche Ressourcen, nachhaltige Nutzung)	(Trink-)Wasserknappheit – Streit um Wasserrechte und Verlandung (Aralsee) nehmen zu	Konflikte um Trinkwasser nehmen zu	In Europa in den nächsten Jahren kein relevantes Thema
	Klimawandel mit Veränderungen beim Wetter (Katastrophen, Trockenheit, Überschwemmungen ...)	Bisher bewohnbare Räume werden unbewohnbar; steigender Migrationsdruck und steigende Anforderungen an Techn. Wehrdienste	Die Bereitstellung von Kräften erzeugt Druck auf Bestände und Aufgabenspektrum der Armee.
	Desertifikationen nehmen zu	Das Verschwinden von Lebensräumen führt zu steigendem Migrationsdruck	Bewältigung von Migrationsströmen wird zur Gemeinschaftsaufgabe, Streitkräfte entlasten übrige Ordnungskräfte
	Rohstoffe verteuern sich	Diversifikation der Energienutzung schreitet weiter voran, Rohstoffe werden wo möglich synthetisiert.	Anforderungen an Streitkräfteversorgung steigen

	Feststellung	Erkenntnis	Militärstrategische Konsequenz
<b>Information, Technologie und Wissenschaft</b> (Datenhoheit, Medien, Benchmark Rüstungsentwicklung, ...)	Immer mehr unbemannte Systeme ersetzen heutige Waffen/Systeme	Verändertes Gefechtsfeld und gesteigerte Anforderungen (zumindest im Unterhalt); personalfreies Gefechtsfeld	Zwang zur Priorisierung und zu Kooperationen
	Konzentration von Daten (Big Data), Datenkonzentration in der Wirtschaft (Google, Facebook etc, in den USA (CIA, NSA); Unlimitierte Verfügbarkeit des Wissens (Internet)	Cyber-War-Risiken steigend	Neue und potente Analysemöglichkeiten mit linked open Data – veränderte Rollen und Kompetenzen; Datensicherheit zunehmend komplex
	Steigendes Technologielevel, höhere Erneuerungszyklen	Verteuerung der Rüstungstechnologie	Zwang zur Priorisierung und zu Kooperationen (international)



	<b>Feststellung</b>	<b>Erkenntnis</b>	<b>Militärstrategische Konsequenz</b>
	Unlimitierte Überwachungsmöglichkeiten, limitierte Tarnmöglichkeiten (Schweres Gerät)	Verluste von Menschenleben nehmen ab	Unbemannte Systeme für Einsatz werden favorisiert
	Chinas Rüstungsstand per 2045 auf Höhe USA	Schutzschirm USA fragwürdig. Rüstungswettlauf	Absorbierung der US-Ressourcen im Fernen Osten/Pazifik.
	Russlands Rüstungsstand Luft per 2025 auf Niveau Nato	Schutzschirm Nato (USA) fragwürdig.	Eigenständige oder im EU-Verbund vorgenommene Investitionen in die Luftwaffe notwendig.
	Weltraum wird zunehmend von den Grossmächten militärisch genutzt.	Die Eintrittsschwelle ist für einen Kleinstaat sehr hoch, ein breites Fähigkeitsspektrum aufzubauen ist praktisch unmöglich.	Fähigkeitsentwicklung kann nur in internationaler Kooperation erfolgen.
	Meinungsäusserungsfreiheit	Faktisch uneingeschränkt vorhanden. Geheimhaltung gefährdet. Desinformationsrisiko im Westen gering. Neue Medien erhöhen Transparenz der Informationslage.	Neben Cyber Defence vorderhand keine zusätzlichen Fähigkeiten/ Kapazitäten nötig.

	<b>Feststellung</b>	<b>Erkenntnis</b>	<b>Militärstrategische Konsequenz</b>
<b>Politik</b> (Rollenverständnis Staat inkl. Globalisierung/ Internationalisierung, Staatshaushalte, Geopolitik und Einflussphären, Infrastrukturen)	Globalisierung / Internationalisierung bringen wachsenden Autonomieverlust des Einzelstaates	Höherer internationaler Organisationsgrad; Sinkende Konfliktschwellen	Bedeutung der Streitkräfte sinkend
	Gefahr von verstärkten Re-Nationalisierungen in Europa: Entwicklung des Kräfteverhältnisses der Parteien im parlamentarischen System – Protestparteien werden partiell mehrheitsfähig oder bestimmend	In dem Ausmass, in dem Einzelstaaten ihre Probleme nicht mehr lösen können (Verschuldungsproblematik, bspw. Griechenland) können extreme Parteien an Bedeutung gewinnen. Die Verhältnisse werden dadurch instabil	Bedeutung der Streitkräfte eher steigend
	Die Bedeutung des Bereiches Law and Order/ Schutz des Bürgers steigt wegen den Begleiterscheinungen der Migration	Gewichtsverschiebung der Zuteilung knapper Ressourcen von Armee zu Polizei	Das Prinzip des subsidiären Einsatzes zugunsten politischer Behörden steht zur Disposition – eine Verabschiedung davon entlastet die Streitkräfte von Nebenaufgaben.
	Schweiz in der internationalen Kritik	Die Schweiz gerät in den Fokus der Konkurrenz als führender Finanzplatz und wegen führender internationaler Konzerne (Novartis, Nestlé, UBS, CS, Roche, Glencore ...)	In der Schweiz fehlt das Wissen über die unausweichlichen Globalisierungsprozesse – dafür herrscht ein diffuses Unbehagen. Bedrohungsempfinden verlagert sich auf Wirtschaftskriege
	Schweiz: Entwicklung des Kräfteverhältnisses der Parteien in der Konkordanz – Polarisierung und Segmentierung statt Konsens.	Anforderungen driften auseinander; Geordnete und kontinuierliche Weiterentwicklung der Streitkräfte erschwert	Die Streitkräfteentwicklung muss losgelöst von tagespolitischen Einflüssen gewährleistet werden und sich streng an eine fähigkeitsorientierte Planung halten

## 4. Drei Optionen sicherheitspolitischer Strategien

<b>Option 1</b>	<b>«Bewaffnete Neutralität und Dissuasion»</b>
<b>Charakteristik</b>	Aufrechterhalten einer möglichst verteidigungsstarken Armee und einer ebenso starken militärischen Infrastruktur. Grosse Zurückhaltung gegenüber internationalen Anstrengungen zur Meisterung von grenzüberschreitenden Gefahren und Risiken, damit Inkaufnahme zunehmender sicherheitspolitischer Isolation, hoher Gefährdung und von geistig-psychologischen Realitätsverlusten in der Wahrnehmung unserer Sicherheitslage.
<b>Beurteilung</b>	Existenz mit hohem Sicherheitsrisiko; kostspielige Lösung. Vitale Interessen grösstenteils nur durch Dritte und Verbündete gesichert. Wenig Handlungsfreiheit. Zunehmende Erosion der innenpolitischen Akzeptanz wahrscheinlich. <b>Nicht mehrheitsfähig</b>
<b>Option 2</b>	<b>«Weiterentwicklung der Sicherheit durch Kooperation»</b>
<b>Charakteristik</b>	Strategie der nationalen Selbstbehauptung im Rahmen internationaler kooperativer Stabilisierungsbemühungen. Modifizierte Neutralität und optimierte Sicherheit gegenüber den Hauptgefahren. Schaffen einer guten Ausgangslage für jede Art der Bedrohungsentwicklung. Selbstwahrung vitaler Interessen bei weitgehender sicherheitspolitischer Öffnung zum Zwecke präventiver Friedenssicherung. Aufgabe der Fiktion autonomer Selbstbehauptung. Anerkennung der Tatsache, dass ein stabilisiertes europäisches Umfeld mehr Handlungsfreiheit und Sicherheit verspricht, als im Alleingang erreicht werden kann.
<b>Beurteilung</b>	Existenz mit vermindertem Risiko. Verbesserte Ausgangslage für weitergehende Entscheidungen sowohl bei Zuwachs äusserer Sicherheit wie bei Verschlechterung der (äusseren und inneren) Sicherheitslage. Mehr Handlungsfreiheit durch Flexibilität und Vermeidung der drohenden strategischen Isolierung. <b>Mehrheitsfähig: Innenpolitische Akzeptanz sukzessive erreichbar. Ein deutlicher Ausbau schweizerischer robuster Beiträge zu Stabilisierungsbemühungen ist nur wahrscheinlich, wenn sich die sicherheitspolitische Lage in Europa deutlich verschlechtert.</b>
<b>Option 3</b>	<b>«Kurswechsel in Richtung kollektive Sicherheit»</b>
<b>Charakteristik</b>	Strategie möglichst grosser (militärischer) Sicherheit. Beitritt zu einem kollektiven Sicherheitsverbund. Verzicht auf bewaffnete Neutralität und eigenständige Verteidigung. Armee den neuen Bedürfnissen angepasst. Faktische Aufgabe der Neutralität. Autonome Sicherheitsfunktionen nur noch minimal; stark reduziertes eigenes Wehrpotenzial wahrscheinlich ohne Wehrpflicht und Milizsystem. Eingliederung in die NATO oder in eine weiterentwickelte WEU. Schweizerischer militärischer Beitrag nach Absprache.
<b>Beurteilung</b>	Deutlich reduziertes klassisches Risiko, wenn auch kaum kostengünstigere Lösung. Eigene militärische Handlungsfreiheit eingeschränkt, weitgehende aussen- und innenpolitische Konsequenzen. <b>Bis auf Weiteres nicht mehrheitsfähig: Innenpolitische Akzeptanz noch auf Jahre hinaus kaum erreichbar, es sei denn Umsetzungsprobleme MEI führen zu radikalem Kurswechsel oder die geopolitische Lage akzentuiert sich.</b>

## 5. Drei militärstrategische Optionen

Variante	Beschrieb	Abgedeckte Sicherheitsbereiche	Aufträge
<b>1. Evolutionär – weiter wie bisher</b>	Evolutionäre Weiterentwicklung der Armee auf Basis Wehrpflicht mit heutigem Einsatzspektrum (allenfalls leichten Retuschen) und kontinuierlicher Erneuerung	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Begrenzte Stabilisierungs- und Solidarisierungseinsätze im Rahmen internationaler Operationen</li> <li>• Unterstützung der zivilen Behörden im Bereich Katastrophenschutz und innere Sicherheit</li> <li>• Schutz der Grenzen und Abwehr von Angriffen auf die Souveränität/ das Staatsgebiet</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Friedensförderung</li> <li>• Existenzsicherung (subsidiär)</li> <li>• Dissuasion und Verteidigung</li> </ul>

**Kommentar:**

- **Vorteile:** Realistische Variante, da politisch am ehesten mehrheitsfähig und bequem; heutige Kompetenzordnung (zwar unzweckmässig) nicht infrage gestellt; fundamentale Diskussionen lassen sich vermeiden
- **Nachteile:** Verzettlung der Kräfte; (bald) nicht mehr finanzierbar; Verfassungsmässigkeit bestritten, da Hauptauftrag vernachlässigt; Aufträge konkurrenzieren sich; die Militarisierung der inneren Sicherheit ist ein rechtsstaatliches Problem, insbesondere in einem Einwanderungsstaat mit multiplen Ethnien.

Variante	Beschrieb	Abgedeckte Sicherheitsbereiche	Aufträge
<b>2. Entlastung – Reduktion auf Wesentliches</b>	Reduktion des dreiteiligen Auftragspektrums auf ein zweiteiliges Spektrum	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Schutz der Grenzen und Abwehr von Angriffen auf die Souveränität/ das Staatsgebiet</li> <li>• Erweiterte Stabilisierungs- und Solidarisierungseinsätze im Rahmen internationaler Operationen</li> </ul> <p>ODER:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Unterstützung der zivilen Behörden im Bereich Katastrophenschutz und innere Sicherheit</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Dissuasion und Verteidigung</li> <li>• Existenzsicherung (subsidiär)</li> </ul> <p>ODER:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Friedensförderung</li> </ul>

**Kommentar:** Die Entlastung vom dritten Auftrag bedingt im Bereich der Existenzsicherung die Diskussion über die Schaffung eines Ersatzes (Technische Nothilfe, Bundespolizei/Gendarmerie; dessen Ansiedlung (Bund oder Kantone? Sicherheitsdepartement?) inkl. Verfassungsänderung und eine neue Ressourcenallokation. Im Bereich der Friedensförderung eine Verlagerung zu NGOs (IKRK, UNO?) und der Zuständigkeiten (EDA).

- **Vorteile:** Bessere Ressourcenallokation und wesentliche Entlastung
- **Nachteile:** Dissens über Verlagerung des dritten Auftrages; Verlagerung Existenzsicherung: epische Diskussionen und Verfassungsanpassung (Verfassungsartikel Armee lautet u.a.: «Unterstützung der zivilen Behörden bei schwerwiegender Gefährdung der inneren Sicherheit»); sowie ein drohender Reputationsverlust in der Bevölkerung und militärfernen Teilen der Politik (Unmittelbarer Nutzen ist in normaler Lage nicht mehr erfahrbar).

Verlagerung Friedensförderung: Wahrung Neutralität?

Variante	Beschrieb	Abgedeckte Sicherheitsbereiche	Aufträge
<b>3. Fokus – Konzentration auf Kernaufgaben</b>	Reduktion auf den reinen Verteidigungsauftrag im Sinne der Wehrpflicht; Entlastung/Verlagerung aller anderen Aufgaben	Schutz der Grenzen und Abwehr von Angriffen auf die Souveränität/ das Staatsgebiet	Dissuasion und Verteidigung

**Kommentar:** Rückkehr zur Kernaufgabe.

- **Vorteile:** Optimale Ressourcenallokation. Konzentration der Kräfte. Rechtfertigung der Wehrpflicht.
- **Nachteile:** Verfassungsanpassung (Verfassungsartikel Armee lautet u.a.: «Unterstützung der zivilen Behörden bei schwerwiegender Gefährdung der inneren Sicherheit»); sowie ein drohender Reputationsverlust in der Bevölkerung und militärfernen Teilen der Politik (Unmittelbarer Nutzen ist in normaler Lage nicht mehr erfahrbar).

## 6. Konsequenzen

Keiner der Megatrends wird bezogen auf die Ausgestaltung von Streitkräften bis 2030 die wesentlichen Ur-Funktionen von Streitkräften infrage stellen. Hingegen legen die sich **verknappenden Ressourcen, gepaart mit den rasant ansteigenden Anforderungen an das Technologieniveau**, in Ländern, die nicht zu den Grossmächten gehören, eine Rückbesinnung der **Mittelkonzentration auf das Kerngeschäft «Verteidigung»** nahe. Die eingetretene Aufgabendiversifizierung von Streitkräften sollte zumindest teilweise rückgängig gemacht werden. Das geschieht am zweckmässigsten durch **Neuverteilung der Aufgaben auf andere Leistungserbringer**. Das heisst für die Schweiz:

Unsere Streitkräfte müssen auch in 15 Jahren noch dreifach wirken können – **präventiv, dissuasiv und defensiv**. Den strategischen Rahmen wird die Position der Schweiz in Europa bilden, die sich mit der **Option «Sicherheit durch Kooperation»** immer noch am besten umschreiben lässt. In der Schweiz werden bis 2030 weder eine Abschottungsstrategie noch eine Integrationsstrategie mehrheitsfähig sein – in der Annahme, dass grosse Verschiebungen in der geopolitischen Tektonik ausbleiben resp. die bisherigen Trends in friedlichem Rahmen ablaufen.

Eine diesem Anspruch gerecht werdende Armee muss demzufolge Beiträge leisten

- damit mögliche Bedrohungen für unsere Sicherheit und Integrität gar nicht erst entstehen können;
- damit, falls sie sich doch entwickeln, ein Übergreifen auf die Schweiz durch Präsenz abgewendet werden kann;
- damit, falls alles nichts nützt, existenzgefährdende Gefahren durch die physische Austragung des Konfliktes abgewehrt werden können.

Um die gewünschten Wirkungen zu erzielen, braucht die Schweiz auch 2030 ein **flexibles und ausreichend kompetentes und ausgerüstetes staatliches Machtmittel**. Entscheidend für die Erfüllung der gestellten Aufgaben sind die militärischen Fähigkeiten, die in verlangter Qualität und Quantität über bestimmte Zeiträume verfügbar sind oder gemacht werden können. Entsprechend

sind diese Fähigkeiten präzise zu definieren. Der Begriff «Fähigkeiten» impliziert nicht nur «wissen, wie man es machen würde» (savoir faire), sondern «sein Handwerk beherrschen» (pouvoir faire).

Angesichts chronischer Mittelknappheit und verschiedener erkennbarer Trends stellt sich die Frage, ob die Armee nicht im Sinne der Konzentration der Kräfte und im Sinne der Legitimation der Wehrpflicht von einem der drei heutigen Aufträge zu entlasten ist.

Es ergeben sich folgende Optionen:

- **Eine Entlastung vom Auftrag «Beiträge zur Existenzsicherung»:** Sie bedingt die Diskussion über die **Schaffung eines Ersatzes**; Stichworte wären eine Art **«Technische Nothilfe»** und/oder einer **Bundespolizei/Gendarmerie**. **Offen wäre deren Ansiedlung – beim Bund oder bei den Kantonen?** Hinzu käme die Frage der **Führung/Koordination** – etwa im Rahmen eines **Sicherheitsdepartementes**. **Nötig zur Umsetzung wären eine Verfassungsänderung und eine neue Ressourcenallokation.**
- **Eine Entlastung im Bereich «Beiträge zu friedenserhaltenden Massnahmen/zur Friedensförderung»:** Sie hätte eine Verlagerung der diesbezüglich wahrgenommenen **Aufgaben hin zu NGOs wie IKRK oder zur UNO zur Folge** sowie eine **Neuregelung der Zuständigkeiten und Ressourcen**, beispielsweise durch Ansiedlung **im EDA**.

Die Entlastung in einen oder anderen der beiden Bereiche hätte folgende Vor- und Nachteile:

- **Vorteile: Bessere Ressourcenallokation und wesentliche Entlastung der Gesamtorganisation Armee. Konzentration der Kräfte. Stärkung der staatspolitischen Rechtfertigung der Wehrpflicht, deren Hauptberechtigung der Verteidigungsauftrag ist.**
- **Nachteile: Dissens über Verlagerung des dritten Auftrages:**
  - **Verlagerung Existenzsicherung: epische Diskussionen und Verfassungsanpassung (Verfas-**

sungsartikel Armee lautet u.a.: «**Unterstützung der zivilen Behörden bei schwerwiegender Gefährdung der inneren Sicherheit**»); **sowie ein drohender Reputationsverlust in der Bevölkerung und militärfernen Teilen der Politik**

- **Verlagerung Beiträge zur Friedensförderung: Engerer Konnex zur Aussenpolitik stellt verstärkte Fragen nach Wahrung der Neutralität.**

Bleibt die richtige Ausgestaltung des militärstrategischen Kernbereiches «**Verteidigung**»: Kernaufgabe der Streitkräfte ist die Landesverteidigung im Sinne des Schutzes der Integrität des Staatsgebietes der Schweiz und ihrer Bürger. Bei dieser Schutzfunktion ist es ohne Bedeutung, ob die Gefahr von einem souveränen Staat oder anderen, nicht-staatlichen Kräften ausgeht. Entscheidend ist, dass die **Unversehrtheit des eigenen Hoheitsgebietes** und seiner Bürger geschützt wird. Es ist auch im Lichte jüngster Entwicklungen und Trends davon auszugehen, dass Streitkräfte künftig mehrheitlich ihre Schutzaufgabe primär gegenüber den militärischen Kräften anderer souveräner Staaten wahrnehmen.

Auch nach 2030 werden modernen Streitkräften von Regierungen Aufgaben in folgenden **fünf Themenbereichen** zugewiesen:

1. Nukleare Auslöschung (nuke); Dazu sind nur einige Armeen in der Lage; leider werden es aber trotz non proliferation immer mehr. *Für die Schweiz kein Thema.*
2. Vernichtung (destroy); Dazu sind vor allem Armeen der Grossmächte in der Lage. *Für die Schweiz kein Thema.*
3. Verteidigung (defend); Diese Aufgabe weisen wir klassischerweise unserer Armee seit Jahrzehnten zu. *Die klassische Aufgabe und Legitimation.*
4. Schutz (protect); Wer Angriff und Verteidigung beherrscht, ist auch in der Lage, Schutz gegen niederschwelligere Bedrohungen zu bieten. *Eine sich aus der Verteidigung ergebende Aufgabe für die Schweizer Armee.*
5. Unterstützung der Regierungen (assist); Daraus ergeben sich vielfältige Einsätze zugunsten von Ruhe und Ordnung im weitesten Sinne («Miles protec-

tor»). *Zu diskutieren, von wem die Aufgabe am zweckmässigsten erfüllt wird.*

Das Spektrum an Fähigkeiten im Kernbereich Verteidigung wird somit auch 2030 umfassen:

- Aufklärung: Rechtzeitiges Erkennen von Bedrohungen.
- Führung: Einsätze im Zusammenwirken der Disziplinen durchführen können (Jointness).
- Wirkung: Mit Feuer und Systemen in Luft und am Boden erzielen können.
- Schutz: Mit Infrastruktur, Gerät, Bewaffnung und Manpower sicherstellen.
- Logistik: Sicherstellen, dass die Streitkräfte ihre oben genannten Funktionen erfüllen können.

Wesentlich an Relevanz gewinnen wird die Fähigkeit zur vernetzten Operationsführung, das heisst die digitalisierte Vernetzung aller Systeme und damit aller Fähigkeitsbereiche (C4ISTAR).

Die grossen Verbände und deren Führung müssen im Einsatz das **Gefecht der verbundenen Waffen** und die Zusammenarbeit kombinierter Einsatzkräfte beherrschen.

Dazu braucht es:

1. **Richtige Organisation und Strukturen:** Es empfehlen sich Task-Force-Strukturen bei den grossen Verbänden.
2. **Genügende Ausrüstung:** Es sind ausreichend Mittel für moderne Ausrüstungen bereit zu stellen, Basis bildet ein systematisches Technologie-Benchmark für Waffen, Systeme und Geräte mit vergleichbaren Ländern.
3. **Rasche Einsatzfähigkeit:** Es darf keine Separierung zwischen Kampf (Panzer/Artillerie) und Schutz (Infanterie) mehr geben, sondern die Fähigkeit zur Zusammenarbeit ist entscheidend.
4. **Umsetzbare Doktrin:** Es braucht klare Leitlinien für realistische Einsatzverfahren und ein geeignetes Trainingsprogramm für die taktische, obere taktische, operative und militärstrategische Stufe.
5. **Glaubwürdige Ausbildung:** Basis bildet eine ausreichend intensive Ausbildung, welche einheitsübergreifende Einsätze ermöglicht.



## VEREIN SICHERHEITSPOLITIK UND WEHRWISSENSCHAFT

### Unsere Ziele

Der Verein Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaft und seine Mitglieder wollen

- bekräftigen, dass die Schweiz auch in Zukunft ein militärisch ausreichend geschützter Raum bleiben soll,
- erklären, dass ein wirksamer Schweizer Beitrag an die Stabilisierung primär des europäischen Umfeldes eine glaubwürdige, kalkulierbare und umfassende Schweizer Sicherheitspolitik benötigt,
- herausarbeiten, dass die Schweiz nicht nur als Staat, sondern auch als Wirtschaftsstandort, Denk-, Werk- und Finanzplatz sicherheitspolitisch stabil bleiben muss, um weiterhin erfolgreich existieren zu können,
- darlegen, dass eine sichere Schweiz angemessene Mittel für ihre Sicherheitspolitik benötigt,
- aufzeigen, was für eine effiziente und glaubwürdige Armee im Rahmen des integralen Selbstbehauptungsapparates an Führungscharakter und Kompetenz, an Ausbildung, Ausrüstung und Organisation nötig ist,
- sich dafür einsetzen, dass künftige Reformen der Milizarmee und ihrer Einsatzdoktrin diesen Postulaten entsprechen.

### Unsere Leistungen

Der Verein und seine Mitglieder verfolgen diese Ziele seit 1956 durch Informationsarbeit in Form von Studien, Fachbeiträgen, Publizität und Stellungnahmen (vgl. [www.vsww.ch](http://www.vsww.ch)), Vorträgen, Interviews und Gesprächsbeiträgen.

So hat er wesentlich geholfen,

- gegen eine moderne Schweizer Sicherheitspolitik gerichtete Volksinitiativen und Referenden zu bekämpfen sowie
- Expertenbeiträge zu einer neuen Sicherheitspolitik und zu einer glaubwürdig ausgebildeten und ausgerüsteten Armee zu leisten.

### Unsere Zukunftsvision

Wir wollen mit unserer Arbeit dazu beitragen,

- dass die Schaffung eines breit abgestützten inneren Konsenses im Bereich der militärischen Selbstbehauptung in der Schweiz gelingt und
- die gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Integration unserer Milizarmee auch in Zukunft intakt bleibt.

### Unsere Mittel

Wir finanzieren unsere Publikationen durch Mitgliederbeiträge, Gönnerbeiträge, Spenden sowie Legate.

### Unsere Publikationen

finden Sie unter: [www.vsww.ch](http://www.vsww.ch)

### Sie erreichen uns unter:

Verein Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaft,  
Postfach 65, 8024 Zürich

**Internet: [www.vsww.ch](http://www.vsww.ch)**

Telefon: 044 266 67 67 oder Fax: 044 266 67 00

Spenden auf: Postkonto 80-500-4, Credit Suisse  
Zürich, Konto-Nr. 468809-0

**Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!**